

(Beginn: 17.46 Uhr - Ende: 18.16 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und die Vertreter der Kölner Presse und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Wie Ihnen bekannt ist, war der Oberbürgermeister nach § 47 der Gemeindeordnung gehalten, aufgrund eines Antrags der Fraktion pro Köln zu dieser Sondersitzung einzuladen. Die vorgenannte Fraktion hat dann gestern noch einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Rettet den Sankt-Martins-Zug in städtischen Kindergärten und Schulen“ gestellt,

(Lachen bei SPD und CDU)

den wir als TOP 0 behandeln werden.

Aus formaljuristischen Gründen haben wir heute auch noch eine Dringlichkeitsentscheidung unter Tagesordnungspunkt 2.1 zu genehmigen.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann komme ich zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von pro Köln - -

(Markus Wiener [pro Köln]: Frau Bürgermeisterin!)

- Ist das eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung?

Markus Wiener (pro Köln): Wir müssen doch erst einmal die Tagesordnung beschließen. Ich habe Ihre Frage so verstanden: Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Aber Sie sind ja jetzt schon einen Punkt weiter gesprungen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein, wir sind jetzt bei den Dringlichkeitsanträgen. Ein Dringlichkeitsantrag ist eben eingereicht worden, und den lese ich jetzt im Wortlaut vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ausreichendes Angebot an Notquartieren für Obdachlose in Köln vorzuhalten.

(Jörg Frank: Kennen wir nicht! Der liegt uns gar nicht schriftlich vor!)

- Der ist uns gerade vorgelegt worden. Das habe ich eben schon gesagt.

Ich lasse jetzt über die Dringlichkeit abstimmen.

(Markus Wiener [pro Köln]: Wir wollen die Dringlichkeit begründen! - Weiterer Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

- Sie sind derjenige, der das macht? - Bitte schön, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag, den Sie uns eben verlesen haben, ist daher dringend geboten, weil das, was die Fraktion pro Köln immer schon vermutet hat, jetzt offiziell ist: dass aufgrund des kürzlichen Umzugs des Autonomen Zentrums in eine städtische Liegenschaft die dortige Obdachloseneinrichtung ihren Platz verloren hat. Wir meinen, das geht nicht. Es kann nicht sein, dass diese Halbkriminellen dort von der Stadt Köln auf Kosten des Steuerzahlers ein Domizil bekommen

(Widerspruch bei der SPD)

mit der Konsequenz, dass die Obdachlosen jetzt auf der Straße stehen. Das geht natürlich nicht.

Die Dringlichkeit ist auch darin begründet, dass wir jetzt mittlerweile schon am Anfang des Winters sind. Die Leute brauchen dringend eine Hilfe. Und daher bitte ich Sie alle, diese Dringlichkeit anzuerkennen, damit wir heute etwas für die Menschen in unserer Stadt tun können. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bevor ich über die Dringlichkeit abstimmen lasse, gebe ich das Wort an Herrn Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich die Angelegenheit deshalb nicht für dringlich halte, weil es nach der derzeitigen Planung mehr Plätze in diesem Winter für Obdachlose geben wird, auch ohne eine besondere Ersatzstätte für den Eifelwall. Das Angebot wird im Sozialausschuss - ich glaube, noch in dieser Woche - präsentiert. Von daher sehe ich keinen Grund für eine Dringlichkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Ge-

genstimmen? - Das ist sehr deutlich, das sind die SPD, die Grünen, die Linke, CDU und FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag für heute vom Tisch.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen? - pro Köln ist dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann treten wir jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

0. Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Die Stadt Köln als Träger und Wahrer von christlich-abendländischer Kultur und Brauchtum - Rettet den Sankt-Martinszug in städtischen Kindergärten und Schulen"

Wer spricht? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir fanden es, im Gegensatz zu den Kollegen eben, nicht zum Lachen, dass wir in der letzten Woche hören mussten, dass einige politische Kreise gefordert haben, das christliche Fest der Nächstenliebe Sankt Martin zu ersetzen durch ein Sonne-Mond- und-Sterne-Fest. Es gab sogar einige Kommunalverwaltungen, die diesen Vorschlag aufgegriffen haben und in den entsprechenden Kitas auf eine Abschaffung des Sankt-Martin-Fests auf diesem Wege gedrungen haben.

Für die Fraktion pro Köln ist es natürlich selbstverständlich, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, also heute, dieses Thema aktuell zu behandeln. Es gab - das freut uns sehr - eine breite ablehnende Front in der Bevölkerung gegen dieses Vorhaben. Wer in den letzten Tagen die Sankt-Martins-Züge besucht hat und gesehen hat, wie die Bevölkerung daran teilgenommen hat, wer gesehen hat, welche Freude die Kinder an diesem Ereignis hatten, das traditionell auch in unserer Stadt verwurzelt ist, der fragt sich: Was ist mit unseren Politikern los, dass sie solche verrückten Vorschläge machen?

Eine Interpretation ist die, dass einige Politiker anscheinend den Charakter, die Identität unseres Landes abschaffen wollen und damit schon im Kindergarten anfangen wollen. Sie wollen den Kindern weismachen, dass es keine tradierte Kultur in unserem Land gibt, dass es keine christliche europäische Kultur in unserem Land

gibt. Sie sollen schon im Kindergarten beigebracht bekommen: Es ist alles dasselbe.

Dazu sagt die Fraktion pro Köln Nein.

(Beifall bei pro Köln)

Da muss der Stadtrat als Repräsentant der Bevölkerung ein klares Machtwort sprechen. Wir sind der Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Wir müssen den engagierten Erziehern sagen: Wir finden es gut, wenn ihr euch die Mühe macht, außerhalb eurer Arbeitszeit ein solches Fest zu organisieren. Wir finden es gut, wenn ihr zu Ostern, wenn ihr zu Weihnachten eure Einrichtung schmückt, wenn ihr den Kindern unsere Kultur nahebringt.

Wir sagen auch ganz deutlich: Es geht nicht darum, jemanden auszugrenzen. Nein, es geht darum, dass man die Kinder tatsächlich in eine Kultur integriert und nicht die ganzen traditionellen Feste im Prinzip hohl macht. Wir wollen keine hohle Gesellschaft, sondern wir wollen eine Wertegesellschaft, wo diese christlich-tradierten Werte einen Platz haben. Und das fängt im Kindergarten an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln - Zurufe von der Besuchertribüne)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich darf darum bitten, Zurufe und Beifall von der Besuchertribüne zu unterlassen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wir beziehen uns mit unserem Anliegen aber nicht nur auf die Kindertagesstätten, sondern beispielsweise auch auf die Mitarbeiter im Rathaus. Es gibt viele Mitarbeiter, die ihr Büro schön gestalten - zu Weihnachten mit Sternen, mit Weihnachtskugeln, mit Tannengrün, mit einem Adventskranz. Das muss selbstverständlich so bleiben dürfen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass mit der Begründung, dass jemand ausgegrenzt werden könnte, dies aus der Verwaltung zu verschwinden hat.

Ich erinnere an die Fußballweltmeisterschaft, wo man den Mitarbeitern nahegelegt hat, bloß keinen Patriotismus zu zeigen, bloß keine Verbundenheit mit der deutschen Nationalmannschaft zu zeigen. Wir wollen selbstverständlich, dass die Mitarbeiter der Stadtverwaltung in ihrem Büro die Verbundenheit mit unserer Kultur, mit unseren Werten auch tatsächlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei pro Köln)

Diese Aktuelle Stunde ist wichtig, damit dieser Rat klipp und klar sagt: Willkommenskultur heißt nicht, dass wir unsere Identität aufgeben, sondern unsere Identität muss gestärkt werden.

Wenn sich Migranten - ganz egal, in welcher Anzahl - hier nicht integrieren können, dann muss denen klar sein: Für diese Leute ist in diesem Land kein Platz.

Ich sage das auch allen Leuten, die gerne von Multikulti reden und nie sagen, was sie damit meinen. Meinen sie das Entdeutschen unserer Gesellschaft, dass im Prinzip alles Europäische aus unserer Gesellschaft, aus unseren öffentlichen Einrichtungen herausnehmen? Meinen sie mit Multikulti Nullidentität? Nein, wir sagen: In einer Gesellschaft, die harmonisch ist, wo es Solidarität gibt, wo es Gemeinschaft gibt, da muss es auch Identität geben.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, wir sagen auch: Ohne Tradition kann es keine Zukunft geben.

(Beifall bei pro Köln)

Die Fraktion pro Köln dankt allen Mitarbeitern in unseren Einrichtungen, die über das Maß ihrer normalen Arbeit hinaus diese Kultur an die Kinder heranbringen. Dafür sind wir dankbar. Der Sinn dieser Aktuellen Stunde ist, dieses hier heute festzustellen. Wir bitten auch, dass die Verwaltung dieses Thema weiterhin im Jugend- und Familienausschuss der Stadt Köln behandelt. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wenn heute nicht schon der 12. November wäre, hätten wir ja Sankt-Martins-Lieder zusammen singen können.

(Zuruf von pro Köln: Können wir gerne nachholen!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Dann stimmen wir jetzt über den Abschluss der Aktuellen Stunde ab.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es gibt doch gar keinen Antrag!)

- Der Vorschlag war, ihn in die Ausschüsse zu verweisen. Dann stimmen wir darüber ab: Wer ist

dafür, dass die Angelegenheit in die Ausschüsse verwiesen wird? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Dann ist das abgelehnt.

Dann schlage ich vor, dass sich die Sache erledigt hat. Darüber möchte ich gerne abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist die Mehrheit. - Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Sache erledigt.

Jetzt kommen wir zu

1. Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Asylgipfel für Köln: Stadtverwaltung und Kommunalpolitik müssen endlich adäquat reagieren auf die extreme Zunahme der Asylbewerberzahlen in Köln"

Das Thema ist für uns alle von sehr großer Bedeutung. Deshalb hat der Oberbürgermeister Frau Beigeordnete Reker gebeten, an seiner Stelle zunächst zum aktuellen Stand der Entwicklungen zu berichten. Frau Reker, bitte schön.

Beigeordnete Henriette Reker: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle kennen die Bilder aus den Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt. Die Menschen, die von dort fliehen, haben Menschenrechtsverletzungen erlitten oder wollen dem Elend und der Perspektivlosigkeit für sich und ihre Kinder entkommen. Sie geben ihre Sprache und ihr gesamtes soziales Umfeld auf und gehen in eine ungewisse Zukunft, mit der Überzeugung, dass die neuen Lebensumstände nur besser sein können als ihre bisherigen.

In Deutschland suchen sie zuerst die bekannten Großstädte auf: Berlin, Hamburg, München und die als weltoffen und tolerant geltende Stadt Köln. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat eine Aufnahmequote von 21,2 Prozent der Flüchtlinge für das gesamte Bundesgebiet zu erfüllen; davon werden der Stadt Köln 5 Prozent der Menschen durch die Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen.

Im letzten Jahrzehnt war in Köln im Jahr 2004 mit mehr als 4 000 Flüchtlingen der Höchststand erreicht. Viele von Ihnen werden sich an die Situation damals erinnern. Die Stadt Köln hat sich damals ihrer Verantwortung gestellt. Aus dieser Zeit stammen die Leitlinien zur Unterbringung

von Flüchtlingen, an denen der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen schon mitgewirkt hat. Seit mehr als zehn Jahren reflektiert der Runde Tisch die Unterbringungspraxis der Stadt und stellt einen großen gesellschaftlichen Konsens her - eine in NRW meines Wissens einmalige Einrichtung, mit der die Stadt vertrauensvoll und konstruktiv zusammenarbeitet.

Als die Flüchtlingszahlen dann zurückgingen, sind viele völlig marode Unterkünfte aufgegeben worden, und mehr als 3 000 Menschen konnten seitdem in Wohnungen umziehen. Im Jahr 2009 sind verstärkt Maßnahmen zur Sicherung der Aufnahme- und Unterbringungsverpflichtung der Stadt eingeleitet worden. Die steigenden Flüchtlingszahlen im Jahr 2010 machten den akuten Handlungsbedarf deutlich.

Der Rat hat deshalb Mitte 2011 auf der Grundlage der Leitlinien ein Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen beschlossen. Inhalte waren bestandserhaltende Maßnahmen, zusätzliche Instandsetzung und Betreuungsmaßnahmen - diese meistens in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Wohlstandspflege -, bestandserhöhende Maßnahmen und ein Auszugsmanagement, ebenfalls in Zusammenarbeit mit freien Trägern, das trotz Wohnungsknappheit funktioniert. Die bestandserhaltenden Maßnahmen sind größtenteils umgesetzt, und auch die Betreuung hat sich wesentlich verbessert. An den bestandserhöhenden Maßnahmen arbeitet die Verwaltung mit Hochdruck.

In den letzten Monaten - Sie alle haben das in der Presse verfolgt - nahm der Anstieg der Flüchtlingszahlen signifikant zu. Mit Stand vom 31. Oktober ist mit 2 853 Flüchtlingen eine neue Höchstzahl erreicht. 271 Menschen warten auf ihre Weiterleitung in eine andere Kommune. Wir sind in ständigem Gespräch mit der Bezirksregierung Arnsberg und dem Innenministerium NRW, um das Verfahren zu beschleunigen.

Unsere Aufnahmekapazitäten haben eine Sollbelegung von circa 1 900 Plätzen in 29 über das Stadtgebiet verteilten Wohnheimen. Wir haben 171 Plätze in den beiden Notaufnahmen Herkulesstraße und Vorgebirgsstraße zusammen. Darin enthalten ist bereits die Kapazitätserweiterung um 54 Plätze durch die dort aufgestellten Wohncontainer. Die gesamten Aufnahmekapazitäten sind mehr als erschöpft, und wir können die Leitlinien leider nicht mehr in vollem Umfang einhalten. Nur der im Jahr 2010 begonnenen Hotelunterbringung von aktuell 728 Personen in zwölf Hotels ist es zu verdanken, dass wir unserer

Aufnahmeverpflichtung überhaupt nachkommen können.

Die von Herrn Oberbürgermeister eingerichtete Taskforce, in der sich die beteiligten Amtsleiter in der Regel wöchentlich treffen, sorgt für eine schnellere Abstimmung und Umsetzung derzeitiger Vorhaben. Es sind neben den beiden schon bekannten neuen Standorten in Weiden und Godorf weitere fünf Standorte in der Abstimmung, die die Verwaltung einrichten möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Zuzüge von Flüchtlingen stabil bleibt. Es ist nicht verhandelbar, dass wir sie adäquat unterbringen. Ich baue sicher keine Luftschlösser, aber ich stelle mir für die dauerhaft zugewiesenen Menschen eine Unterbringung möglichst in abgeschlossenen Wohneinheiten in bisher nicht belasteten Stadtteilen vor. Denn die Menschen sollen nicht nur versorgt werden, sondern die Chance zur Eigenverantwortung haben und die Möglichkeit, familiäre Strukturen aufrechtzuerhalten. Denn das sind zusammen mit dem Spracherwerb die wichtigsten Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Integration. Wir wollen deshalb in den nächsten Jahren die Unterbringungskapazitäten kontinuierlich ausweiten.

Die Verwaltung arbeitet gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen an einer Aktualisierung des Konzeptes zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Grundlage bleiben die im Jahr 2004 vom Rat beschlossenen Leitlinien, in denen sich Köln als europäische Metropole der Inspiration und Interkulturalität positioniert. Es ist selbstverständlich, dass die zuständigen Ausschüsse, insbesondere der Ausschuss für Soziales und Senioren, regelmäßig und umfangreich - detaillierter, als ich es an dieser Stelle tun möchte - informiert werden.

Dass wir neben der humanitären Verpflichtung und der gesetzlichen Aufnahmeverpflichtung als Deutsche eine historisch bedingte Verantwortung haben, sollte unumstritten sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN. und FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Frau Beigeordnete, für den Bericht. - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es schon erstaunlich, dass eingangs die Wichtigkeit dieses Themas durch den Oberbürgermeister quasi offiziell bestätigt wurde, obwohl uns im Vorfeld wieder von der FDP und anderen die Verschwendung von Steuergeld vorgeworfen wurde.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben jetzt sozusagen das offizielle Gütesiegel des Oberbürgermeisters, dass dieses Thema absolut dringend und wichtig ist und deshalb auch eine Sondersitzung des Rates mehr als angemessen ist.

(Beifall bei pro Köln)

Man muss sich nicht wundern, dass die Kölner Verwaltung bislang an dieser Aufgabe gescheitert ist, wenn man gerade die hauptverantwortliche Dezernentin gehört hat. Mich hat diese Stellungnahme eher an einen durchschnittlichen Beitrag auf dem Evangelischen Kirchentag erinnert als an eine Verwaltungsstellungnahme. Da muss man sich wirklich über nichts mehr wundern, wenn so eine Person wie Frau Reker an der Spitze dieses Dezernates steht. Da erübrigt sich in dieser Richtung jedes weitere Wort.

(Beifall bei pro Köln - Widerspruch bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU
– Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:
Das ist eine Beleidigung! - Weiterer Zuruf: Pfui!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Unterlassen Sie bitte Ihre Beleidigungen, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Das ist eine Kritik an einer führenden Dezernentin hier. Natürlich kann ich im Stadtrat hier eine - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Fahren Sie in Ihrem Wortbeitrag fort.

Markus Wiener (pro Köln): Wenn Sie mich lassen, würde ich gerne in meinem Wortbeitrag fortfahren. Natürlich ist Kritik an Dezernenten zulässig und nötig.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Reden Sie bitte zur Sache.

Markus Wiener (pro Köln): Ich rede zur Sache. Zur Sache gehört natürlich auch die Personalpolitik.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die Fraktion pro Köln hat diese Ratssondersitzung angesichts der dramatischen Entwicklung anberaumen lassen, damit der Stadtrat schnellstmöglich eine Kehrtwende vollzieht und die freiwilligen Luxusrichtlinien der Stadt Köln zur Unterbringung von Asylbewerbern aufhebt, und zwar umgehend.

(Beifall bei pro Köln)

Denn die Stadtverwaltung setzt anstatt einer realistischen Betrachtung der Lage ihre hilflose Politik bei der Unterbringung von echten und vermeintlichen Asylbewerbern weiter fort. Eine Änderung ist trotz der explodierenden Zahlen und des großen Unmuts in der Bevölkerung noch nicht absehbar. Wie die Stadtverwaltung selbst einräumen musste in einer alarmierenden Mitteilung an den Sozialausschuss, aber auch jetzt gerade wieder, sind die Zahlen auf einem absoluten Höchststand: Über 300 neue Asylbewerber kamen allein im Monat September, und in den Wintermonaten steigt diese Zahl erfahrungsgemäß noch weiter an.

Die Stadtverwaltung selbst spricht von absoluten Engpässen bei den weiteren Unterbringungsmöglichkeiten. Doch statt einer grundlegenden Neuausrichtung der Unterbringung und vor allem Duldungspraxis des städtischen Ausländeramtes, übt man sich angesichts dieses Massenzuspruchs einzig in Aktionismus und sucht beinahe schon panisch nach neuen Möglichkeiten, die ankommenden Personen irgendwo und offenbar möglichst kostspielig für die Kölner Steuerzahler unterzubringen.

Konkret will die Stadtverwaltung folgende Maßnahmen kurzfristig umsetzen: weitere kostspielige Neubauten in Porz. Dort sollen, wie auch an mehreren anderen Standorten, Wohnhäuser gebaut werden. Kosten im zweistelligen Millionenbereich sind dafür insgesamt veranschlagt. Wir haben auch erlebt, dass überall Hotels angemietet werden. Das ist auch eine Kölner Spezialität, dass hier Hotels für Asylbewerber angemietet werden, von denen 98 Prozent in Wirklichkeit gar nicht asylberechtigt sind. Das muss man doch hier auch mal in aller Deutlichkeit feststellen. Wenn einem ständig mit dem moralischen Zeigefinger gedroht wird, muss man hier einmal klipp und klar sagen, dass die Zahlen durch den Asylmissbrauch explodieren. Die Antwort kann nicht sein, freiwillig eine Luxusunterbringung

durchzuführen. Da muss konsequent umgedacht werden.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben jetzt in der letzten Woche als Erste die neue Unterbringung im Hotel Arena One in Kalk aufgedeckt. Das sollte still und heimlich umgesetzt werden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion. Wir haben als Erste darüber berichtet, dass dort bis zu 120 Asylbewerber untergebracht werden. Der Kostenpunkt allein für die Übernachtungen im Hotel Arena One liegt hoch gerechnet bei rund 1 Million Euro pro Jahr. Das muss man sich mal vorstellen, wenn man auf der anderen Seite sieht, wo überall bei der einheimischen Bevölkerung gespart sind: bei den sozial Schwachen, bei den Schulen, bei den Jugendeinrichtungen, bei den Obdachloseneinrichtungen. Es ist kein Geld für die einheimische Bevölkerung da.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Ende. Ihre Redezeit ist um.

Markus Wiener (pro Köln): Für die eigenen Schwachen, für die eigenen Studenten ist kein Geld da. Überall wird gekürzt, überall hört man von CDU, SPD, Grünen und FDP: Es ist kein Geld da.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Hier hingegen wird das Geld freiwillig zum Fenster rausgeworfen, auch durch eine Duldungspraxis, die ins Uferlose geht und die im ganzen Bundesgebiete Ihresgleichen sucht. Deswegen: Wir plädieren für eine Umkehr in der städtischen Asylpolitik. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zu:

2. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3

der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bereitstellung überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwendungen sowie einer investiven Zahlungsermächtigung im HPL 2013/2014, Teilplan 0413 - Archäologische Zone u. Jüdisches Museum 3143/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Man sieht doch immer wieder die Heuchelei gewisser etablierter Kreise, wenn es hier um Sondersitzungen geht. Ich will mal klarstellen: Es ist Aufgabe des Rates, hier zusammenzukommen, um über Themen zu beraten. Es hat jetzt zwei Monate keine Ratssitzung mehr stattgefunden.

Und dann schaue man, wie die Verwaltung das nutzt: Sie haben eben etwas von formaljuristischen Gründen erzählt, was wir nicht nachvollziehen können.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann, sprechen Sie zu 2.1!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich spreche zu 2.1. Ich nehme an, dass Sie die Vorlage gar nicht gelesen haben. Sonst würden Sie merken, dass ich zu 2.1 rede.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich wiederhole: Sprechen Sie bitte zum Punkt 2.1!

Jörg Uckermann (pro Köln): Selbstverständlich rede ich zu Punkt 2.1. Diese Dringlichkeitsentscheidung - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann beginnen Sie jetzt damit!

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte erst einmal etwas zur Dringlichkeit sagen. Ich möchte erst etwas zum Verfahren sagen und erst dann zur Sache.

Ich halte eine Geldausgabe, wie sie hier von Ihnen vorgeschlagen wird, für beratungsbedürftig. Dafür haben wir Fachausschuss. Es gibt den Finanzausschuss, der für überplanmäßige Ausgaben zuständig ist. Wir haben im Notfall einen Hauptausschuss. Beide Ausschüsse sind kurzfristig vom Oberbürgermeister abgesagt worden. Da stellen wir uns die Frage: Warum hat er das gemacht? Ist das vielleicht ein krummes Ding, was hier sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter der Tür durchgeschoben werden soll?

(Widerspruch bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich hatte Sie gebeten, inhaltlich zu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist doch inhaltlich. Wir wollen gerne von der Verwaltung eine Erläuterung haben, warum sie uns das hier nicht als Vorlage serviert, sondern als Dringlichkeitsentscheidung. Vielleicht muss man Ihnen erklären, was eine Dringlichkeitsentscheidung ist.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Dringlichkeit ist in der Vorlage begründet worden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Da hat der Oberbürgermeister mit einem weiteren Ratsmitglied eine Ersatzvornahme vorgenommen. Das heißt, wir als Ratsmitglieder können in den Ausschüssen gar nicht mehr inhaltlich beraten, weil Sie uns das vorenthalten haben. Das schmiere ich Ihnen jetzt hier aufs Brot, ob Sie das wollen oder nicht. Das ist meine Aufgabe als Stadtrat, solche ungeheuren Ausgaben hier ausgiebig zu prüfen. Dafür gibt es einen Finanzausschuss, wo ich Mitglied bin; der ist abgesagt worden. Im Kulturausschuss ist es nicht gebracht worden. Auch den Hauptausschuss haben Sie abgesagt.

Das ist der Grund, warum die Bürgerbewegung pro Köln bei diesem Verfahren nicht mitmacht und diese Sache formell ablehnt. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? -

pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so genehmigt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich darf die Sitzung hiermit schließen. Herzlichen Dank.

(Schluss: 18.16 Uhr)